

Antrag D 4 - Fördermaßnahmen für Behindertenwerkstätten

Antragsteller: Unterbezirk Main-Kinzig

Bestandsaufnahme und Fördermaßnahmen für Behinderten Werkstätte und deren behinderten Mitarbeiter

Die Konferenz möge beschließen, dass die SPD MKK weitgehende Untersuchungen zum Thema Werkstatt für Behinderte einfordert. Die Fördermaßnahmen für die behinderten Mitarbeiter sollen dabei berücksichtigt werden. Die SPD soll sich für eine Werkstatt einsetzen, die ihren Betreuungs- und Fördercharakter in den Vordergrund stellt und sich nicht als einen ökonomischen Betrieb ansieht.

Das bedeutet, dass

1. die Mitarbeiter mehr als nur ein Taschengeld als Verdienst erhalten.
2. mehr Förderkurse in den Werkstätten selbst stattfinden.
3. die betreuenden Beschäftigten der Werkstatt eine bessere Ausbildung haben müssen.
4. die Tätigkeiten, die von den behinderten Mitarbeitern verrichtet werden, nicht monoton und akkordmäßig verläuft, sondern, dass eine umfassende, alle Sinne ansprechende Arbeitsstelle geschaffen wird.
5. die Ausbildung der behinderten Mitarbeiter ausgefeilter und nicht nur auf Brillenputztücher einpacken etc beschränkt wird.
6. eine ausgefeilte Finanzierung gefunden wird, die verhindert, dass eventuelle Verluste der Werkstatt Konsequenzen für das Entgelt der behinderten Mitarbeiter mit sich bringen.

Eine weitere Forderung ist, dass regelmäßig Treffen mit der Landesarbeitsgemeinschaft Werkstatt für Behinderte stattfinden, damit alle Parteien immer auf dem aktuellen Stand der Dinge sind und über Neuerungen diskutiert werden kann.

Begründung:

Wenn man sich mit der Geschichte der Werkstätten für Behinderte auseinander gesetzt hat und den heutigen Stand der Dinge betrachtet, so ist festzustellen, dass oftmals die ursprünglichen Ziele der Einrichtungen Opfer der freieren Marktwirtschaft geworden sind. Es geht den Förderern nicht um eine wirkliche individuelle Förderung der dort beschäftigten, sondern eher um eine ökonomisch geleitete Zielrichtung.

Daher kommen auch die Entgelte der behinderten Beschäftigten sehr kurz, was sich eigentlich mit dem Ziel schneidet, dass die behinderten Mitarbeiter eine Integration in ihr soziales Umfeld erfahren sollen, das können sie nicht mit dem Taschengeld, mit dem sie abgespeist werden. Für diese Integration ist es auch zwangsläufig, dass sie in ihrer Person selbst gefördert werden, um so weit wie möglich selbständig werden zu können. Man muss allgemein mehr auf die Integration dieser Menschen schauen und nicht mit ökonomischen Maßstäben an dieses Themengebiet herangegangen wird.